

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1907**

95 (24.4.1907) Erstes Blatt



# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Nr. 95.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 24. April 1907.

27. Jahrgang.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsstelle: Nr. 8144.  
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, ober deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Unsere heutige Nummer umfasst  
6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

## Der Ministerwechsel.

Wie wir schon gestern zu berichten in der Lage waren — trotzdem das amtliche Organ, die Karlsruher Zeitung sich noch immer in ein „geheimnisvolles“ Schweigen hüllte — ist der selbsterwählte Minister des Innern, Dr. Schenk, von seinem Amte zurückgetreten und hat dem „interimistischen“ Oberdirektor des Wasser- und Straßenbauamtes, Freiherrn v. Bodman, Platz gemacht. Seit Monaten war es öffentliches Geheimnis, daß die Lage des Ministeriums Schenk gefährdet war.

Das Ministerium des Innern ist das sogenannte politische Ministerium, was zur notwendigen Folge hat, daß kein anderes Ministerium so viele politischen und sonstigen Reibungsflächen bietet, wie dieses und seines andern Ministers Tätigkeit in diesem Maße Gegenstand der Kritik, sowohl in der Presse als im Parlament ist, wie die des Ministers des Innern. Es gehört gewissermaßen zur Tradition unseres Landes, daß an der Spitze dieses Ministeriums ein „liberaler“ Minister steht. Baden stand einmal — lange reichlich — in dieser Hinsicht als ein liberaler Ministerpräsident.

Was man aber von dem „Liberalismus“ zu halten hat, für welchen im letzten Jahrzehnd im Ministerium Platz war, brauchen wir an dieser Stelle nicht des Näheren auseinanderzusetzen. Auch in Baden hat der Liberalismus mehr und mehr abgenommen und es waren mit in erster Linie die „liberalen“ Minister, die dazu ihr Möglichstes beigetragen haben. Es genügt in dieser Beziehung auf den Kampf um das direkte Landtagswahlrecht hinzuweisen. Herr Dr. Schenk kann sich zwar das Verdienst zurechnen, daß ihm das Zustandekommen dieses vielumstrittenen Verfassungswerkes gelungen ist. Aber es hat einen harten Kampf gekostet, bis Herr Schenk auf seine Nachteile, die auf eine erhebliche Schwächung der Verfassung der durch das Volk gewählten Vertretung hinführen, fallen ließ, bezu. zu redigierte, daß das Gesetz zustande kommen konnte.

Wenn von reaktionärer Seite seit Jahr und Tag gegen Schenk geflüstert hat, der Verdacht gewahrt und geschürt wurde, daß er dem Rad des Liberalismus nicht abgeneigt sei, ja denselben sogar unterstütze und sogar den geistlichen Urheber des Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie war, so war das nichts als eine politische Masche, die den Zweck hatte, der liberalen Konservern eine Reaktion diejenigen Hindernisse, die für im Kampf um die politische Vorherrschaft im einseitigen liberalen Ministerium noch im Wege standen, wegzuräumen. Minister Schenk war ein antiliberaler, aber kein liberaler Minister. Von diesem Gesichtspunkt aus mag es auch zutreffend sein, daß er das Abkommen des liberalen Blocks mit der Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen etwas anders beurteilt hat, als seine liberalen Ministerkollegen.

Er war sich jedenfalls klar darüber, daß, falls eine liberal-konservernische Kammermehrheit verliert werden sollte, dies keineswegs mehr gegen, sondern nur noch mit der Sozialdemokratie geschehen könne. Minister Schenk hätte sich aber auch klar darüber sein müssen, daß wenn die Nationalliberalen aus dem Blocktraktat und aus dem Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie nicht die politischen und prinzipiellen Konsequenzen ziehen, daraus für ihn sich eine unheilvolle Situation entwickeln muß. Die Nationalliberalen haben diesen Umstand in ihrer politischen Rechnung ebenfalls völlig übersehen.

Die Vorgänge bei den letzten badischen Landtagswahlen haben nicht nur für die reaktionären Parteien, sondern vor allem in den obersten Regionen sowohl in Karlsruhe, als insbesondere auch in Berlin, eine Lebererregung gebracht, auf die man nicht vorbereitet war und von der man keine Ahnung für die badische sowohl als für die deutsche Politik besaß, die zu verhalten zu den obersten Prinzipien preußisch-deutscher Regierungsweise gehört.

Wenn daher die reaktionäre Presse nicht mißbilligend, Herr Schenk als den eigentlichen Verantwortlichen für diese unerhörten Vorgänge — man denke nur an den „roten Riß“ im badischen Landtag — zu bezeichnen und ihm bei jeder sich irgendwo bietenden Gelegenheit ein Bein zu stellen suchte, so ist das wohl erklärlich. Herr Dr. Schenk hat zwar mit dem Stichwahlabkommen bei den letzten Landtagswahlen ebenso wenig zu tun gehabt, als wie mit der Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten in der 2. badischen Kammer. Aber er hat sich nicht bemüht, diese Dinge zu verhindern und das genügt, gegen ihn die reaktionäre Preßentzoesung zu entfachen und ihm die reaktionäre Pöfamarilla auf den Hals zu bringen.

Dazu kam, daß Herr Schenk, obwohl zwar der weitaus intelligenteste unter den badischen Ministern und eine Arbeitskraft ersten Ranges, nichts weniger als ein Diplomat war. Er verfügte über ein umfangreiches Wissen auf den verschiedensten Gebieten und war ein enorm fleißiger Mann. Am persöhnlichen Verkehr war er äußerst liebenswürdig, auch besaß er die Fähigkeit, sich anzupassen. Aber diese Fähigkeit wurde paralysiert durch seinen liberalen Charakter, der ihn nicht selten in eine sehr verzwickte Situation brachte. Ein schlagfertiger, witziger Redner konnte sich Herr Schenk nur selten die Gelegenheit verdienen, durch sein selbstbewußtes, spöttisches Wesen Konflikte mit seinen politischen Gegnern hervorzurufen, wo sie sonst leicht

zu vermeiden waren. Aber auch sonst hat sich Herr Schenk wiederholt Blößen gegeben, die einem so klugen und in solcher Stellung befindlichen Mann nicht vorzukommen sollten. Wir erinnern nur an die Episode aus dem Landtag 1903/04, wo Genosse Eichhorn Minister Schenk auf dem Pfade der bewussten Unwahrheit ertappte und festnagelte. Die politische Moral des Ministers Schenk hatte überhaupt einen doppelten Boden, das hat sich in seinem Kampfe gegenüber der Sozialdemokratie wiederholt gezeigt. So hat er gegen den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken zwar Untersuchungen eingeleitet und verschiedentlich Strafandrohungen gegen katholische Geistliche gestellt, in der Kammer aber die politische Kanzelagitation gegen die Sozialdemokratie ausdrücklich gebilligt und bekräftigt. Sein provokatorisches Auftreten gegen unsere Partei im März v. J., wo er die Sozialdemokratie quasi als außerhalb der Verfassung stehende Partei behandelte, ist noch in guter Erinnerung.

Daß es mit dem „Liberalismus“ dieses Ministers nicht weit her war, hat seine Gefügigkeit Preußen gegenüber in Sachen der Behandlung der „lästigen“ Ausländer ebenfalls zur Genüge bewiesen. Minister Schenk hat keine Gelegenheit verpasst, sich als allezeit getreuen Schildknappen der preussischen Polizeireaktion aufzuführen, das hat sich bei der erst vor einigen Wochen zugetragenen „Affäre Dr. Friedberg und Genossen“ wieder deutlich genug gezeigt. In Bezug auf seine sozialpolitische Gesinnung spricht sein stiller, aber beharrlicher Kampf gegen das „System Börschoffer“ in der Fabrikinspektion mehr als genug. Der preussische Einfluß hat auch auf diesem Gebiete unter dem Ministerium Schenk sich bei uns von Jahr zu Jahr größere Geltung zu verschaffen vermocht.

Herr Schenk scheidet von seinem einflussreichen Posten, ohne daß man seinen Rücktritt besonders zu bedauern hätte. Welches auch der unmittelbare Anlaß zu seiner Demission gewesen sein mag, Tatsache ist, daß Herr Schenk selbst viel mit dazu beigetragen hat, ihn in dieser Stellung unmöglich zu machen. Schenk bildete zwar im Ministerium das Gegengewicht gegen das konservative Element und gegen den Einfluß der liberal-konservernischen Kammer am Hofe. Daß eine solche Position keine angenehme ist, zumal wenn man sich dabei auf eine Partei stützen kann, die einen festeren Rückhalt bietet, ist selbstverständlich. Herr Schenk verfiel aber auch nicht über die für eine solche Position absolut notwendigen Eigenschaften des Charakters und der Diplomatie. So war sein Rücktritt unvermeidlich. Man kann es bedauern, daß dadurch im Ministerium sich ein Rad nach rechts vollzieht, der den reaktionären Parteien zum Vorteil gereicht.

Bedauerlich ist es auch zweifellos, daß durch den Rücktritt Schenks der einzige Minister, der einer rationalen Finanzpolitik Verstandnis entgegenbrachte, aus dem Ministerium verdrängt wurde. Das bedeutet einen Sieg der volkswirtschaftlich rückständigen Bureaufkrähe und damit die Gefahr des noch weiter um sich greifenden preussischen Einflusses, insbesondere auf dem Gebiete der Kultur und der Volkswirtschaft. Allein nach Lage der Dinge war das kaum noch zu verhindern.

Nachdem die Nationalliberalen aus dem letzten Landtag sich als völlig unfähig erwiesen haben, die politische Situation und ihre eigene zu beherrschen, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann der letzte Minister, der ihnen innerlich nahe stand, aus dem Ministerium verdrängt wurde. Denn daß trotz gewisser Vorgänge, die mit den Fragen der großen Politik an und für sich nichts zu tun haben, die aber bei dem Sturz Schenks mit ins Spiel kommen, dieser Ministerwechsel einen politischen Hintergrund hat, steht außer allem Zweifel. Die Nationalliberalen werden zwar auch den Nachfolger Schenks als einen der übrigen beanspruchten Freiherr v. Bodman war bekanntlich nationalliberaler Kandidat für den 1. Wahlkreis bei der Reichstagswahl im Jahre 1903. Allein zwischen Schenk und v. Bodman ist denn doch ein Unterschied. v. Bodman steht politisch auf dem äußersten rechten Flügel des Nationalliberalismus und gehört damit schon eher zu den Konservern. Seine Stellung dem Zentrum gegenüber wird voraussichtlich eine weniger aggressive sein, als die des Ministers Schenk.

Wenn der Rücktritt Schenks auch kein direkter Erfolg des Zentrums und der von diesem und seiner Presse gegen Schenk betriebenen Hege ist, so bedeutet die Verschiebung nach rechts, die mit der Ernennung v. Bodmans vorgenommen wurde, doch immerhin die Befestigung eines Hindernisses für die liberal-konservernische Reaktion. Es ist auch zu befürchten, daß mit dem Rücktritt Schenks die Veränderungen im Ministerium, soweit eine Verschiebung nach rechts in Betracht kommt, noch keineswegs ihren Abschluß gefunden haben. In gewissen Kreisen rechnet man offenbar für die kommenden Landtagswahlen auch mit einer Verschiebung nach rechts in der Volksvertretung und richtet sich deshalb beizeiten darauf ein.

Der Liberalismus in Baden hat alle Ursache, sich die gegebene Situation recht eindrucklich zu Gemüte zu führen und sich klar darüber zu werden, daß er am Scheideweg steht.

Die nächsten Landtagswahlen werden darüber entscheiden, ob Baden in das Stadium einer liberal-konservernischen Herrschaft eintritt und damit der reaktionären preussischen Unterregierung als Stütze dient, oder aber, ob Baden im „neue“ die politische Freiheit des badischen Volkes wie

ehedem bei der Vorhut sich befindet. Hio Rhodus, hio salta!

Ueber die Personalien des zurücktretenden Ministers Dr. Schenk ist folgendes zu berichten:

Dr. Karl Schenk, Sohn des bekannten badischen Theologen, wurde 1848 in Schaffhausen geboren. Nach Absolvierung der juristischen Studien begann er seine Beamtenlaufbahn 1871 als Referent beim Ministerium des Innern; 1873 wurde er Amtmann in Heidelberg, in dem gleichen Jahre Hilfsarbeiter beim Handelsministerium, dann Ministerialassessor, 1875 auch Lehrer der Rechtswissenschaften am Karlsruher Polytechnikum. Ministerialrat seit 1876, war er in den Folgejahren auch Vorstand des Oberreichsgerichtes, Mitglied des Kompetenzgerichtshofes, später zugleich Vorsitzender des Landesversicherungsamtes und stellvertretendes Mitglied des Disziplinardhofes, 1891 wurde er zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt, 1893 zum Ministerialdirektor, 1896 zugleich zum stellvertretenden Bevollmächtigten beim Bundesrat in Berlin; 1899 wurde er Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, von 1900 bis 1906 war er zugleich Präsident des Kompetenzgerichtshofes. Im Jahre 1900 wurde er mit dem Prädikat eines Geheimrats 1. Klasse zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannt, das er bis zu seinem jetzt erfolgten Rücktritt bekleidete.

## Preßstimmen zum Ministerwechsel.

Zur Stunde, wo wir dies schreiben, liegt die amtliche Bekanntgabe des Ministerwechsels noch nicht vor. Die gestrigen Mittagsblätter haben deshalb noch keine Stellung zu der Angelegenheit genommen.

Der Bad. Beobachter meint vorgestern, die Sache könne sich verhalten wie sie will, das Zentrum könne der Entwicklung mit aller Ruhe entgegensehen.

Wir haben nichts zu gewinnen (!) und nichts zu verlieren; daß der Kurs nicht geändert wird, wenn es wirklich ein Personalwechsel geben sollte, ist bereits ausgesprochen worden. Das wird zwar jedesmal gesagt, wenn ein Ministerwechsel in Baden stattfindet, auch wenn der Kurs noch so sehr geändert wird. Aber diesmal schenken wir dieser Behauptung ohne weiteres Glauben.

Wenn der Kurs nicht in etwas geändert würde, dann wäre Herr Schenk nicht jetzt aus dem Amte geschieden. Das Zentrum verhält sich auf die politische Heuchelei und mit Recht bemerkt die Pf. Ztg. daß es unter der Woche glänzt und glüht und zur geeigneten Zeit die lebenden Feinde des Zentrums schon emporschlagen werden.

In seiner gestrigen Besprechung des Ministerwechsels vertrat das ultramontane Zentralorgan dem scheidenden Minister gerecht zu werden, indem es u. a. schreibt:

„Schenk war ein Parteimitglied und doch ist es schwer zu sagen, welcher Partei er eigentlich angehörte. Als er Minister wurde, verpöhlte ihn manche als konservativ; seit er den Bauern des Widerstand nicht mehr gegen sich hatte, lenkte er das Staatsruder in jenes liberale Fahrwasser, das bei den liberalen Parteien seinen Ausdruck in der Großpolitik gefunden hat, dessen äußeres Symbol der „rote Riß“ ist. Seine Laufbahn begann er damit, daß er die rebellierenden Amtverfünder zu Paaren trieb; an Schluß seiner Ministerlaufbahn hat er den ganzen Verfall der nationalliberalen Amtverfünder. Der Sozialdemokratie ist kein Minister weiterentgegengekommen, als Schenk; und doch wurde er andererseits wieder von der Sozialdemokratie heftig bekämpft. Seine Stellung zur Sozialdemokratie legt nahe, daß er persönlich zur nationalsozialistischen Partei gehöre; er soll auch früher deren Versammlungen besucht haben. Zentrumsnäherungen hatte er nie. Mag er in den Augen auch der Liberalen manche Schuld auf sich geladen haben, von diesem Reich ist er gänzlich frei gewesen.“

Schenk und nationalsozial! Diese Charakteristik ist ebenso unzutreffend, wie die Behauptung, kein Minister sei der Sozialdemokratie weiter entgegengekommen, als Schenk. Schade, daß wir davon nie etwas bemerkt haben.

Die konservativen Bad. Post meint, die Frage der Schiffsahrtsabgaben habe den Rücktritt Schenks kaum verursacht.

„Ob oder wieviel die Gehaltsaufbesserung, für welche nach einigen Meldungen Schenk weitgehende Ansprüche an den Finanzminister gestellt haben soll, hier in Betracht kommt, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch die Angelegenheit Wittmann-Baum-Fabrikinspektion genügt zur Erklärung nicht. Differenzen mit einem Untergebenen dürften an sich wohl kaum einen Minister zum Abgange nötigen.“

Der eigentliche Grund muß wohl in seiner in den letzten Jahren immer entschiedener hervortretenden Neigung zur radikalen Linken gesucht werden. Ermerlich ist noch allem, wie bei den letzten Landtagswahlen der angeblich freiwillig mißverständliche Artikel der unter Berufung des Ministeriums des Innern erscheinenden Karlsruh. Ztg. das Bündnis des liberalen Blocks mit der Sozialdemokratie populär machte, und wie der Minister die sozialdemokratische Fraktion im letzten Landtag umwarb. (!) In derselben Richtung liegt auch der Ausfall der letzten Reichstagswahlen, bei denen es der Minister nicht ermöglichte, die gebotene Gelegenheit zu benutzen, die Resignationsliste der Sozialdemokratie zu entziehen.

Es ist zu vermuten, daß dieser fortgesetzte Zug nach links den Minister schließlich im Gesamtministerium isolierte. Den unmittelbaren Anlaß zum Rücktritt mag man wohl in einer der genannten, an sich unbedeutenden Differenzen suchen. Auch hört man von ausgefallenem

fundheit des Ministers, der übrigens bis zur Stunde sich noch im Amte befindet. Hoffen wir das Beste.“

Ob der letzte Satz sich auf die angegriffene Gesundheit des zurücktretenden, oder auf die politische Befindlichkeit des kommenden Ministers bezieht, erklärt sich aus dem kurzen Sätzen nicht ohne weiteres. Jedenfalls aber geht aus diesen Äußerungen des konservativen Organs so viel hervor, daß man in diesen Streifen dem Rücktritt Schenks tiefere politische Ursachen zu Grunde legt. Die Behauptung, Schenk habe auf dem letzten Landtag die Sozialdemokratie umworben, ist eine blanke Behauptung Unwahrheit. Mit keiner anderen Partei kam Minister Schenk in so scharfen Konflikt, als mit der Sozialdemokratie, der er öffentlich und verfassungswidrig die Gleichberechtigung ab sprach. Das nennt man dann Umwerben der Sozialdemokratie!

In der Frankf. Ztg. bemerkt der Karlsruher Korrespondent:

„Die Verfassungsrevision mit der Einführung des gleichen, geheimen, direkten Landtagswahlrechts ist Schenkels persönliches Werk. Wenn er dadurch zugleich in den Ruf eines Liberalen gekommen ist — bei Leuten, die ihn verächtlichen wollten, sogar in den eines Linken —, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen und wahrscheinlich nicht mal Schenkels eigenen Wünschen. In seinem Resor hat sich im Laufe einer etwa siebenjährigen Amtsführung bis in die jüngste Zeit mancherlei gegeben, was mit Liberalismus nicht das mindeste zu tun hat. Sogar bei dem Wert der Wahlreform war er anfangs bemüht gewesen, die Erweiterung der Volksrechte der zweiten Kammer durch Stärkung des Gegengewichts der ersten Kammer zu paralysieren. Es bleibt darum nicht minder sehr historisches Verdienst für ihn, daß Baden schließlich mit einem zeitgemäßen Ausbau der Landesvertretung allen andern Bundesstaaten voranzureiten konnte, und es ist auch psychologisch verständlich, daß darüber Schenk persönlich die Zielsetzung für die Angriffe der reaktionären Elemente in und außerhalb Badens wurde. So kam es, daß er, der namentlich vor seiner Ministerzeit als Regierungskommissar in der Kammer manchen scharfen Zusammenstoß mit Vertretern der Linksparteien gehabt hatte, schließlich aus dem Zwang der Verhältnisse heraus, bei denselben Einflüssen mehr Entgegenkommen fand als andere seiner politischen Freunde.“

Das Ministerium des Innern ist das „Aufwandsministerium“, das für die vielen kulturellen und sozialen Bedürfnisse des Landes das Geld braucht, das der Finanzminister herbeischaffen oder bei Anleihen später abtragen muß. Darin liegt unter allen Umständen ein tiefes sachliches Konfliktpotential, selbst wenn die leitenden Männer untereinander weniger verfeindet sind und weniger ausgeprägte Charaktere als die des badischen Gesamtministeriums in der bisherigen Zusammensetzung sind. Schenkels ministerielle Bedeutung beruhte ferner auf einer außerordentlichen Arbeitskraft und auf einer geistigen Präponderanz allgemeiner Art. Sein höfischer Einfluß war wohl nie sehr groß. Vielmehr war die trotz aller Glorie fast ausschließlich innerlich selbstbewußte Art der „kleinen Erzellen“ zu manchen einflussreichen Gegnerschaften bei geraumer Zeit gegen ihn wirken konnten. Obgleich eine Natur, die Widerstände eher entgegengeht, als ihnen ausweicht, hat Schenk schließlich doch wohl das Empfinden haben müssen, daß er bei der Dauer nicht mehr das unerlässliche Maß von Rückhalt fand. Vor etwa 14 Tagen — wie man jetzt weiß — kam er beim Großherzog um seine Entlassung ein, die nun mit allen Ehren bewilligt worden ist. Als Präsident des Oberrechnungshofes wird Schenk Mühe zu stellvertretender Betätigung haben und mit seinen unfaßlichen, aufs praktische gerichteten Kenntnissen dem Land noch manchen Dienst leisten können.

Wir werden morgen noch weitere Preßstimmen nachtragen.

## Politische Uebersicht.

### Ein Ereignis, der seine Noten kennt.

Der französische Komponist Saint-Saens, der mit der Monte Carlo-Oper nach Berlin gefahren war, erzählt in französischen Blättern über den Hohenzollern-Anschluß aus neuester Zeit. Danach muß es beim Empfang der französischen Gäste mehr als lebendigst zugegangen sein; denn der Kaiser empfing den Komponisten und seine Truppe mit den Worten: „Ich habe nicht geglaubt, daß ich die Ehre haben würde, solche Berühmtheiten bei mir zu sehen.“ Worauf Herr Saint-Saens im Stile eines Hofauspielers aus des Sonnenkönigs Erwiderung: „Wenn wir die Alpen sind, so ist Eure Majestät der Himalaya.“ Von seinem Verhältnis zur sadepischen Literaturkritik hat Wilhelm II. nach demselben Gewährsmann eine merkwürdige Auffassung. Er erklärte nämlich: „Ich brauche auf der Hofbühne nur ein Stück aufzuführen zu lassen, um sicher zu sein, daß die Kritik es vereißt. Wenn ich mich aber so stelle, als ob ich ein Stück nicht kenne, so hebt es die Presse in den Himmel.“ Diese Auffassung des Kaisers beruht auf dem bekannten Zugschluss: „Post hoc, ergo propter hoc“. Danach, also deswegen! Es ist richtig, daß die sadepische Kritik die Meinung des Kaisers in Kunstfragen selten teilt, es hieße ihr aber doch gar zu kleinliche Rücksichten zuzumuten, wenn man annehmen wollte, sie hielte Lauffs Dramen, den Gang an Regir und die Siegesallee für deshalb nicht für große Kunstwerke, weil sie der Kaiser für solche hält. Wilhelm II. liebt es, sich gelegentlich auch als Musikdirektor zu betätigen. Herr Saint-Saens ist nun trotz seiner höfischen Artigkeit indistret genug, ein kleines Toilettegeheimnis des Kaiserlichen Kapellmeisters zu

...nsfreund.  
...n nachgerade  
...stetlich löst sich  
...von Symptomen  
...mittel verwendet.  
...spielen, deren  
...ind, wie von  
...rte  
...ooli  
...ngen  
...n der  
...eiter-  
...berg“.  
...Dekla-  
...1619  
...schafft.  
...n.  
...zen  
...ell m. Cee-  
...r. 15. —  
...ar M. 34,  
...mpfiehlt in  
...itung 776  
...nglgr. 31.  
...öse anzu-  
...euten, neue  
...ben gut u.  
...el's  
...bodo  
...ndend  
...st



verraten: der Kaiser kennt nämlich die Noten nicht und dirigiert das Orchester „nach dem Gehör“. So erklärt er sich wohl auch, daß er eines Tages seinen Dirigentenstab an den Grafen Molke, den Kessen, abtrat, der die Noten gleichfalls nicht kennt und mit den Worten: „So, mein lieber Molke, nun dirigieren Sie!“ den jetzigen Generalstabchef seiner hilflosen Verzweiflung überließ. Wenn man dirigiert, muß man die Noten kennen, das gilt in der Musik ebenso wie in der Politik, wenigstens für die, die nicht auf den höchsten Höhen der Menschheit geboren sind. Daraus erklärt sich wohl auch die eigentümliche Rolle, die Deutschland in der auswärtigen Politik spielt. Es wird dirigiert ohne Notenkenntnis.

## Badische Politik.

**Die Justizaktion gegen den Schnupftabak**  
Wird — das steht heute schon fest — mit einer großen Niederlage der Mannheimer Justizbehörde enden, welche diese Aktion in die Wege leitete. Genosse Oskar Ged hat gegen den Bescheid des Mannheimer Landgerichts wegen der gegen ihn (Ged) verhängten Zeugniszwangshaft Beschwerde beim Oberlandesgericht eingelegt. Der höchste badische Gerichtshof hat nun zwar die Beschwerde aus formellen Gründen als unbegründet zurückgewiesen, läßt aber im übrigen eine gerabegte verneinende Kritik an der von Staatsanwalt Junghans gegen den Rechtsmacht des Schnupftabak erhobenen Anklage wie auch an der ganzen Amtsführung des Untersuchungsrichters Haas.

Die Fragestellung an den Zeugen Ged bei dessen Einvernahme am 18. März wird getadelt und die Fassung des Protokolls beanstandet, insbesondere aber die sofortige Vereidigung Ged's direkt als „auffallend“ bezeichnet, wobei entgegen der gesetzlichen Vorschrift der Grund der Vereidigung nicht angegeben sei.

Besüglich der Verhängung der Zeugniszwangshaft über Ged meint das Oberlandesgericht, es wäre (wörtlich) „im Staatsinteresse vielleicht ratsamer gewesen, im vorliegenden Fall von der Zeugniszwangshaft abgesehen“. Schon das alte badische Prechtgesetz habe den Zeugniszwang gegen Angehörige der Presse ausdrücklich verworfen. Und auch die Vertreter der modernen Presse hätten, wie aus der Resolution des Mannheimer Journalisten- und Schriftstellervereins hervorgehe, sich rühmlich und ohne Ansehen der Partei auf den Standpunkt Ged's gestellt.

Ob sich der Mannheimer Untersuchungsrichter Daas diese Kritik seines Vorgehens durch den höchsten Gerichtshof des Landes als notam nehmen wird?

Aber auch Herr Staatsanwalt Junghans erhält vom Oberlandesgericht einen gehörigen Wischer. Es heißt in dem Bescheid des Oberlandesgerichts wörtlich:

„Als einer der Gründe zur Verhängung des Zeugniszwangs hat die Staatsanwaltschaft auch die Erwägung Platz greifen lassen, daß der Inhalt des den Gegenstand der Anklage bildenden, ungewissenshaft zu mißbilligenden Artikels doch vielleicht auf der Grenze zwischen dem crimen laesae maiestatis (der Majestätsbeleidigung) und dem nicht strafbaren crimen laesae honoris (mangelnder Ehrerbietung) liegt. Unverkennbar richtet sich die Spitze des Artikels in erster Reihe gegen den von dem Schreiber unterstellten byzantinischen Geist der Stadtverwaltung, den er in einer Karnezzensur (dieses Wort ist vom Oberlandesgericht unter Friedrichl. Red.) — allerdings in derb witziger Weise — gefeiert hat.“

Es gibt noch Richter in Baden, denen man das Zeugnis nicht verweigern kann, daß sie sich wenigstens bemühen, dem Volksempfinden Rechnung zu tragen. Zwar konnte auch das Oberlandesgericht die formellen Grenzen des noch geltenden Rechts mit seinen veralteten Bestimmungen nicht durchbrechen. Allein es hat sich hinsichtlich der juristischen Auslegung des toten Buchstaben des Gesetzes nicht an die überlebte Paragrafenweisheit geklammert, sondern dem modernen Rechtsempfinden Rechnung zu tragen versucht, soweit es innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetzesbestimmungen für einen Verurteilten möglich ist.

Wir haben das gerne und mit Anerkennung hervorzuheben, weil es uns wünschenswert erscheint, daß sie mit der Preussischen auf einer Linie rangiert.

Die Volksstimme vermutet wohl nicht mit Unrecht, daß die für die Mannheimer Herren Juristen nicht weniger als schmeichelhafte Entscheidung des Oberlandesgerichts diesen schon im Wortlaut bekannt war, als die Verfügung der Aufhebung der Zeugniszwangshaft gegen unseren Genossen Ged erfolgte.

Sollte das Verfahren gegen den Schnupftabak nicht eingestellt werden, so wird es mit einer Niederlage der Mannheimer Justizbehörde, die es veranlaßte, enden. Das steht heute schon zweifellos fest.

## Von der Mannheimer Jubiläums-Ausstellung.

**Die Schwarzwaldb-Landschaft.**  
Mit Riesenschritten geht unsere Jubiläums-Ausstellung ihrer Vollendung entgegen, und mit feierhafter Festlichkeit regen sich auf allen Punkten tausend fleißige Hände. Da die glücklichen Besitzer von Dauerarten schon jetzt das Recht haben, das prächtig gelegene Gelände zu besuchen, so werden gewiß viele von dieser Vergünstigung Gebrauch machen. Es empfiehlt sich dann, einer allgemeinen Rundgang vorzunehmen, um einen Gesamt-eindruck von der Großartigkeit des ganzen Unternehmens zu erhalten. Wir sind überzeugt, daß jedermann viel mehr finden wird, als er erwartet hatte. Alles ist künstlerisch schön gedacht, und die vornehme und großartige Art der Gruppirung, die stilvolle Ausführung der Einzelgebäude und Pavillons wird gewiß bei allen eine innere Freude hervorgerufen.

Unter den Gartenanlagen ist die reizende Gebirgs-Landschaft des Schwarzwaldes bis auf das tiefende Röhlein vollendet, und wer schon gesehen hat, welches Leben so ein springender und hüpfender Bach in das Landschaftsbild bringt, der kann sich jetzt schon vorstellen, was für eine reizende Partie in der ganzen Ausstellung dieser mit besonderer Sorgfalt ausgestattete Teil aus unserer engeren Vaterlande wird. Wir möchten deshalb unseren werthen Lesern empfehlen, sich besonders den Schwarzwaldb anzuwenden. Etwas fñrdt den Abfluß gegen die Stadt zu: die hohen, nackten Dachstühle der benachbarten Häuser; es ist schade, daß man diese großen Wandflächen nicht benützt hat, um einen perspektivischen Abfluß herzustellen; die ideal geschwungenen Linien des ganzen Gebirgszuges hätten einen effektvollen Abfluß gegeben. In einigen Wänden, wenn der junge Leuz sein Einzug gehalten und seine Wunder vollendet hat, wird wenigstens der untere Teil dieser fñhlichen, grauen Wände verschwinden sein. Das ist an der Nordseite des Geländes das Schöne, daß dort eine stattliche Fassade der neuen Prachtbauten in die Ausstellung hineinleuchtet und wenn alles im Schmelze der

**Eine neue Fabrikinspektorin.**  
In die badische Fabrikinspektion ist anstelle des ausgeschiedenen Fräuleins Dr. Baum wieder eine Dame mit entsprechender wissenschaftlicher Vorbildung, Fräulein Wunginger, die Tochter eines eifrigen Juristen, zunächst probeweise berufen worden.

Fräulein Wunginger hat auf verschiedenen Hochschulen Naturwissenschaft und Nationalökonomie studiert. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es der neuen Fabrikinspektorin gelingen möge, den guten Ruf und die Anerkennung, welche sich die bisherigen Damen in der bad. Fabrikinspektion zu erwerben verstanden haben, ebenfalls sich zu erziehen. Unsere besten Wünsche für einen guten Erfolg ihrer Arbeit begleiten sie auf dem neuen Posten.

## Die Titelfestung

greift immer weiter um sich. Wie auf anderen Gebieten, dient auch auf diesem der badische Bureautatit Preußen zum Vorbild. Wie der Frankf. Ztg. aus badischen Juristenkreisen berichtet wird, werden vom 1. Mai ab im Titulaturwesen der jungen Juristen folgende Änderungen eintreten: Die in den Justizdienst übergehenden bisherigen Referendare werden künftig als **Gerichtsassessoren** (ein schäufliches Wort) anzusehen sein, dieweil die in die Verwaltung gehenden jungen Juristen sich als **Regierungsassessoren** zu bezeichnen pflegen.

Alle übrigen müssen sich mit der Bezeichnung „geprüfte Rechtspraktikanten“ abfinden. Wir haben dann glücklich, meint der Artikelschreiber der Frankf. Ztg., eine Mischung preußisch-bayerischer Titulaturen, die aber wirklich gar keine Verechtigung hat. Insbesondere bedeutet dies für die, welche zur Rechtsanwaltschaft übergehen wollen, eine vielleicht nicht gemollte, aber tatsächlich eintretende Degradierung. Statt der früheren einheitlichen Bezeichnung für gleiche Leistungen kommen nun auf einmal drei verschiedene, in ihrer Bedeutung durchaus nicht gleichbedeutende Titel. Warum macht man nicht alle gleichmäßig, wenn schon einmal geändert werden soll, zu Assessoren? Die Tendenz ist durchsichtig genug, um nicht zu erkennen, daß der Beamtenbüffel schon in den jungen Stufen noch weiter gesteigert werden soll, die dann auf ihre sehr oft in ihren Leistungen sie übertragenden einfachen „geprüften Rechtspraktikanten“ noch hochmütiger herabsehen werden.

## Deutsche Politik.

### Zur Nachwahl für Ignaz Kuer.

Eine echt demagogische Methode wenden jetzt unsere Gegner im Kreise Glauksau-Werran an. Seit Donnerstags ist Genosse Mandlauer als Kandidat rechnerisch tätig. Ihm tritt nun als Konkurrent der gesamten Ordnungsbreite der Dr. Klau entgegen. Dieser ist in seinen Reden so radikal, daß nur noch sein Bekanntheit zur Sozialdemokratie fehlt. Die bürgerliche Presse des Kreises arbeitet mit Eifer nach den belannten Manieren des Reichsvereinsverbandes. Unsere Parteigenossen weisen in einer täglich erscheinenden besonderen Wahlzeitung, die in 30000 Exemplaren im ganzen Kreise verbreitet wird, die Verleumdungen zurück. — Western sprach Rebel in Glauksau; auch Singer, Heine, Gradnauer, Stücken, Sadowitz, Que, Kasse, Ebert, Siedermaier und andere Genossen werden noch als Kuerer tätig sein.

Die Wahl findet bereits diesen Freitag statt.

### Die Reichsbremse.

Der Tag meldet: „Der Gesetzentwurf, betreffend Einschränkung der Majestätsbeleidigungssprache wird im Bundesrat erst in einer der nächsten Sitzungen verabschiedet werden können, weil unter den Reichsregierungen noch Meinungsverschiedenheiten über die vorgeschlagene Fassung bestehen.“ — Demnach scheint es, als ob dem König von Preußen der deutsche Kaiser viel zu liberal wäre. Der Reichstag hat dann nur mehr einen Gesetzentwurf betr. die eingeschränkte Einschränkung der Majestätsbeleidigungssprache zu erwarten, den er in höchster Eile durchzubringen und anzunehmen hat. Der Bundesrat aber hat natürlich auch.

## Ausland.

### Frankreich.

Jaurès über die Isolierung Deutschlands. Unter dem Schilde „Vorwärts“ schrieb Genosse Jaurès in der Humanität einen Artikel, in welchem er die gegenwärtige internationale politische Situation einer Besprechung unterzieht. Dabei hebt er besonders auf die unfürliche Marokkofrage auf und warnt vor Tauschgeschäften, die leicht Konflikte erzeugen können, statt sie zu vermeiden. Frankreich und Deutschland müßten auf allen Gebieten, wo sie in Berührung kommen, mit Mäßigung und gegenseitigem Vertrauen vorgehen. Es sei ein klägliches Schauspiel, wenn dieselben Menschen, die fortwährend über

den Agassiz-Vertrag lächeln und ihn aus der Welt zu schaffen versuchen, den gleichen Vertrag anrufen, sobald er ihnen geeignet scheint, ihre eigenen Interessen zu schützen und den Pariser zu genieren. Wenn es Schwierigkeiten gäbe, solle man sie durch diplomatischen Korps unterbreiten, bevor man sie durch Debatten in der Presse verschärft. Wichtiger sei aber die Beobachtung, daß Deutschland seit einiger Zeit sich sehr nervös zeige, es glaube, daß seine Isolierung zunehme und betrachte diese Entwicklung mit übertriebener Unruhe. Die neue Gruppierung der Mächte, die sich anbahne, habe indessen keinen bedrohlichen Charakter. Sie würde sofort eine starke Verschiebung erfahren, wenn wirklich eine Nation sich gegen Deutschland auszuspielen versuchte. Auch würde das republikanische Frankreich, das den Frieden aufrichtig liebt, sich niemals zu irgendeinem Abenteuer hinreißen lassen, bei dem es das Spiel Londoner Spekulantem führen sollte. Deutschland solle seine angebliche Isolierung nicht durch Auszugsgestaltung vergrößern und lieber unterfragen, ob seine Diplomatie stets alles getan hat, um die Sympathien Europas zu gewinnen; in jedem Falle sei es aber die Pflicht aller Regierungen, jeden Umstand zu vermeiden, der in Deutschland den Gedanken an irgendeine feindselige Koalition aufkommen lassen könnte. Zum Schluß tritt Jaurès dann als überzeugter Anhänger internationaler Schiedsgerichte für deren Schöpfung und für eine gemeinsame Rüstungsbeschränkung ein.

## Deutscher Reichstag.

• Berlin, 23. April 1907.

(80. Sitzung.)

Die Beratung des Etats des Reichsjustizamtes, Titel Staatssekretär, wird fortgesetzt.

Abg. Kretsch (kons.) bemerkt, man greife hier immer mit Vorliebe Preußen an. Er müsse doch darauf aufmerksam machen, daß in einem so großen Staate mit so großen Aufgaben, die Regierung nicht immer so rasch Beschlüsse fassen könne, wie in einem kleinen Staate die dort entscheidende eine Exzellenz. Kretsch spricht sich dann gegen die Amnuntiations-Resolutionen aus und dankt dem Minister dafür, daß man jetzt endlich Hoffnung habe auf beschleunigten Gang der amtsgerichtlichen Verhandlungen. Zum Schluß polemisiert Kretsch lebhaft gegen den Abgeordneten Heine und betont dabei u. a., wie die sozialdemokratische Presse alles heruntermache, was der Mehrheit des Volkes heilig sei. Habe doch der Normalkönig die Königin Luise eine intrigante Persönlichkeit genannt. Das sei eine Schandlosigkeit. (Abg. Stadthagen ruft: Sehr richtig!) Sie sollten sich schämen, Herr Stadthagen. (Stadthagen ruft: Unerschämtheit!) Von einem Stadthagen unerschämtheit genannt zu werden, ist nur eine Ehre. (Rebhoffer Beifall rechts, Unruhe links.)

Präsident Stöcker, lebhaft die Glade schwingend, nachdem er endlich Ruhe geschafft, ruft den Abg. Stadthagen zur Ordnung wegen des Zwischenrufes „Unerschämtheit“.

Abg. Pring Karstath (natl.) befürwortet die von seinen Freunden eingebrachte Resolution wegen Regelung des Automobilverkehrs.

Staatssekretär Nierberg erwidert, die Regierung teile die Auffassung, daß neben einer Regelung des Automobilverkehrs auch die Regelung der Haftpflichtfrage notwendig sei. Es sei ja dem vorigen Reichstage schon ein Entwurf vorgelegt worden, aber hier unbedeutend geblieben. Auf Grund der in Vorbereitung befindlichen Statistik, die im Herbst wohl vollständig vorliegen werde, werde die Regierung über neue Haftpflichtvorschlüge Stellung nehmen können.

Abg. von Dersgen (sp.) erörtert die Notwendigkeit, die Behandlung geisteskranker Personen, die sich strafbar gemacht haben, zu regeln. Was den Zeugniszwang für Redakteure anlangt, so stehe er auf dem Standpunkt des Abg. Müller-Reinigen.

Nunmehr gelangt ein Antrag auf Debatte über die Annahme. Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen. Die Resolution Wassermann betreffend Festsetzung des Etats für Versehen von Staatsbeamten wird mit 130 gegen 128 Stimmen abgelehnt, da Rechte und Zentrum geschlossen dagegen stimmen. Die Resolution Pompeh betreffend Festsetzung des Reiches für Versehen von Reichsbeamten wird dagegen mit großer Mehrheit angenommen. Weiter gelangt zur Annahme die Resolution Treuenfels wegen Verpflichtung der Tierhalter, die Resolution von Raltzohn betreffend Automobilhaftung; Resolution Omann betreffend Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses; Resolution Wassermann wegen Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen; Resolution Albrecht betreffend Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten, endlich Resolution Wlabg betreffend gleichmäßige Zugung aller Stände zum Gewissensbekenntnis und Schöpfung und zu den Berufszeugnissen.

Der Titel Staatssekretär wird genehmigt. Bei einem weiteren Titel kommt

Abg. Stadthagen (Eog.) zurück auf die Frage des Konkurrenzlaufs gegenüber Angestellten und dabei auch bedungene Konventionalstrafen, so im Geschäft des Abg. Oehl von Herrnsheim. Dieser habe über die Angelegenheit eine Erklärung zugefagt, doch warte das Haus noch immer vergeblich auf diese Erklärung.

Staatssekretär Nierberg erklärt, auch zu der erneuten Prüfung der Frage des Konkurrenzlaufs würden Sachverständige herangezogen werden.

Abg. Wassermann (natl.) führt aus, Herr von Dersgen in den letzten Wochen verhindert gewesen sei, sich zu erklären, schreibe ihm heute, daß er auf die von Vorredner berührte Angelegenheit zurückkommen werde. Sachlich seien seine Freunde der Ansicht, daß gegenüber Angestellten, Redakteuren und Arbeitern, die Annahme des Konkurrenzlaufs möglichst eingeschränkt werden müsse.

Abg. Pöschner (fr. Eog.) bemerkt, man müsse eine Schöffengerichte schaffen, die es ermöglichen, daß die Beamten sofort, sobald er an Land komme, mit allen Dingen vor Gericht gebracht werden.

Staatssekretär Nierberg erwidert, diese Angelegenheit werde ja zu regeln sein bei der Reform der Strafbrochordnung.

Damit ist der Etat des Reichsjustizamtes erledigt. Es folgt der Militäretat.

Abg. Erbsberger (Zentl.) spricht von dem ihm von Reichsminister in Aussicht gestellten Ersparnissen. Der Kriegsminister in der Kommission an Ersparnissen erwähnt hat, entspreche nicht entfernt dem, was man nach den Erklärungen des Reichsministers im Februar habe erwarten dürfen. Vor allem müßte der sogenannte 13. Hauptmann fassiert werden. Weiterhin eine Reihe von Wünschen äußern, befürwortet Kretsch u. a. ein von seiner Partei beantragte Resolution Pompeh betreffend Postporto-Vergünstigungen für Sendungen von Soldaten in die Heimat. Zudem würden seine Freunde einer vorliegenden Resolution Albrecht betreffend Erhöhung der Röhnen der Mannschaften und Unteroffiziere sowie betreffend Übernahme der höheren Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung vorchriftsmäßiger Gebrauchsgegenstände an dem Etat. Ebenso stimmten sie einer weiteren Resolution Wlabg bei betreffend Beförderung der Soldaten-Mitglieder durch Reform des Militär-Strafrechts des Beförderungsbereichs und des ehrengerichtlichen Verfahrens. Notwendig sei eine befriedigende Regelung der Anrechnung der Militär-Dienstzeit auf das beldungs- und pensionsfähige Dienstalter.

Abg. Graf Oriola (natl.) stimmt lehterem zu. Weiter sei notwendig eine Revision der Militär-Fürsorge für Unteroffiziere und Mannschaften. In Bezug auf die Wiederherstellung der 13. Hauptleute äußert seine Freunde ebenso wie der Vorredner. Militär-Mitglieder müßten auch sie nicht. Eine Reform des Beförderungsbereichs akzeptieren sie, aber keinesfalls dürfe durch die Disziplin gefährdet werden. Was die Oeffentlichkeit des militärgerichtlichen Verfahrens anlangt, so meinte er, daß die Ausschließung der Oeffentlichkeit die Ausnahme bilden dürfe. Dem sozialdemokratischen Antrag wegen Erhöhung der Röhne stimmte er selbstverständlich zu. Kretsch tritt weiter ein für reichliche Natur-Entschädigungen nach Randorn.

Kriegsminister von Gneim erwidert dem Abg. Oriola. Bei den Truppenübungen und Übungen auf Schiffplätzen müsse unendlich viel Rücksicht genommen werden. Lebensfalls sei er bemüht, nicht nur die militärischen Interessen, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung in der Umgebung der Übungsplätze nachzunehmen. Wüßter hätten Ersparnisse nicht gemacht werden können wegen der unerlässlichen Umfesterungen und Umbauarbeiten. Die Regierung habe alles getan, um allmählich die Forderungen in den Etat hineinzubringen. Er hoffe, daß die Regierung dies geltend mache und daß die Angelegenheit zu Ende geführt werde, so zu einem Krieges komme und bevor wir unsere Waffen brauchen. Aber das sei sicher, der deutsche Soldat müsse die beste Waffe haben, die es gebe. Wir müßten kriegsfertig sein, damit es uns nicht gebe, wie vor zwei Jahren eine Republik, die, als damals Wollen ausgetaucht, hunderte von Millionen opfern mußte, um die Grenze zu sichern. Das Bestreben der Regierung werde es sein, unsere Arme in kriegsfertigem Zustande zu halten. (Beifall.)

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

### Maifeier.

Sansen I. B., 23. April. Auch die hiesige Arbeiter-schaft wird den 1. Mai in würdiger Weise feiern. Am Abend finden sich die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen im Saal des Gasthauses zur Strone zusammen, um ebenfalls fest-

## Kleines feuilleton.

Ein Fingerdiktator als Modell für Künstler und Studierende. Ein wundervolles Muskelpräparat hat der Anatom Dr. Friedrich W. Müller in Tübingen durch Gipsabguß von einem Fingerdiktator gewonnen. Die diesen Torso besonders wertvoll für Anatomen und Künstler macht, ist, wie in der Umschau (Frankfurt a. M.) mitgeteilt wird, die Erhaltung der Muskeln in einem Zustande, wie wir ihn nur beim Lebenden kennen. Die Muskeln sind nicht schlaff wie sonst bei der Leiche, sondern sind, in der Tätigkeit abgefordert und so erhalten, in Folge einer Durchspülung des Körpers mit Jodmangelnolung von den Blutgefäßen aus, unmittelbar nach der Hinrichtung, wo die Muskeln auf chemische Reiz noch durch Zusammenziehung reagieren. Der gewonnene Durchschnit der Muskulatur ist ein ganz neuer, bisher unbekannter, da frische Leichen von Fingerdiktator nur selten vom Gericht zur Verfügung gestellt werden und außerdem ein Körper selten ein solches Ebenmaß in allen Teilen zeigt. — Für das Studium der Körpermuskulatur bildet dieser Torso ein ausgezeichnetes Hilfsmittel, da eine exakte Wiederergabe aller im Betracht kommenden Muskeln eines Körpers mit den bisherigen Unterrichtsmitteln, das lebende Modell ein- geschloffen, nicht zu erreichen war. Abgüsse, Kopien sind von der Anatomischen Anstalt in Tübingen zu beziehen.

Einer, der sich so helfen will. Der Stadtbrotmeister J. in Wehra, der wegen „öffentlicher Trunkenheit“ auf der Straße aufgegriffen und eingesperrt worden war, ist ein Mann, der sich nicht leicht in Wochstorn jagen läßt. Er ist in einer Zelle seinen Kauf ausgeschlafen hatte und ein Schutzmann ihm die Freiheit wiedergeben wollte, er innerte er sich plötzlich seiner Eigenschaft als Stadtbrotmeister und voll Würde sprach er: „Da ich nun doch einmal hier bin, möchte ich die Arrestantenzellen zu befechtigen, der verblüffte Schutzmann diente nun dem eifrigsten Stadtrat als Führer.“

Ein Hausbesitzer ahnegleichen. Der Schnupftabakfabrikant A. hat in der Tübingen Allgemeinen Zeitung folgendes Inserat erlassen: „Eine Wohnung zu ver-







# Schuhwaren

in nur guter Qualität

zu staunend billigen Preisen  
kaufen Sie im  
**Schuhwaren-Haus**  
**22 Kaiserstrasse 22**  
Josef David. 1665

## Gesangverein „Gleichheit“ Karlsruhe.

Samstag den 27. April, abends 9 Uhr, findet im Lokal

### Mitgliederversammlung

statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

## Sozialdem. Verein Pforzheim.

Mittwoch den 24. April 1907, abends punkt halb 9 Uhr, im „Zivoli“

### Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Rückblick auf die Reichstagswahl.  
(Fortsetzung der Diskussion vom 6. April).
2. Der Parteitag in Freiburg.

Parteiengenossen! Die beiden Beratungsgegenstände unserer Tagesordnung berühren sich sehr innig. Die Lehren der verflochtenen Reichstagswahl beschäftigen den badischen Parteitag in erster Linie. Wir müssen unsere Agitationsmittel verbessern, ausstellen. Beteiligt Euch daher zahlreich an der Beratung.

Beginn Punkt 1/2 9 Uhr.

Der Vorstand.

Mittwoch den 24. April  
eröffnen wir in dem Hause

**Kaiserstraße 36**  
(Ecke Kronenstraße)

## Haupt-Filiale

für  
Wurstwaren und Fleischverkauf.  
**Gebr. Hensel, Sr. Hoflieferanten.**

Gerichtstr. 45, 2. St., möbl. Zim. m. 1 od 2 Betten, bill. zu verm.  
Kaiserstr. 81, Seitenb. 4. St. r ist fol. ein einfach möbl. Zimmer zu vermieten.

## Städt. Badanstalt

(Vierordtbad).

Sommer- und Winter geöffnet.

- Vom 1. Mai bis 31. August:  
morgens von 7-1 Uhr und nachmittags von 1/2-1/2 9 Uhr.
- In den Monaten April und September:  
morgens von 1/2-1 Uhr und nachmittags von 1/2-3 Uhr.
- vom 1. Oktober bis 31. März:  
morgens von 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2-3 Uhr.

Kassenschluss jeweils 1/2 Stunde vor den angegebenen Schlussbadezeiten.  
Grosses Schwimmbassin, elegante Wannenbäder I. und II. Kl., Heissluft-, Dampf-, elektr. Licht-, Kurbäder aller Art, Kohlensturebäder, elektr. Wasserbäder, Dampf- und Heissluftkastenbäder, Behandlung am pneumat. und Heissluftstrom-Apparat.

Preise der Bäder.	Im Abonnement	
	Einzel	10 Bäder 100 Bäder
<b>a. Schwimmbäder</b> (ausschliesslich Wäsche):		
Für Erwachsene mit Auskleidezelle	40	350
Kinder ohne	30	150
Jahres-Abonnement für Erwachsene	250	—
Kinder	120	—
<b>Schwimmunterricht</b> für Erwachsene 10 Mk. Kinder 8 Mk.		
<b>b. Heissluft- und Dampfäder</b> (mit Wäsche):		
Heissluft- und Dampfbad I. Kl.	2.00	15.00
II. Kl.	1.50	10.00
<b>Elektr. Lichtbad</b> , einfach mit Beustrahlung	2.50	11.00
3.00	13.00	—
<b>c. Wannenbäder</b> (mit Wäsche):		
Wannenbad I. Kl.	0.85	7.00
II. Kl.	0.60	5.00
2.00	15.00	—
<b>d. Kurbäder</b> (mit Wäsche):		
Ein Halb- oder Sitzbad, Fussbad, Douche oder Abreibung etc.	0.50	—
Tageskarte zu allen verordneten Wasserprozeduren, einfachen Massierungen und für den Heissluftstrom-Apparat gültig	1.00	—
Allgemeine Körpermassage	2.00	—
Elektr. Wasserbad	2.50	—
Sitzung am pneumat. Apparat	1.00	8.00

### Anmerkung.

Die Anstalt bleibt am Neujahrstag, Charfreitag, Ostersonntag, Himmelfahrtstag, Pfingstsonntag, Fronleichnamstag und Christtag während des ganzen Tages, an den Sonntagen, Ostermontag, Pfingstmontag, Stefanstag, Fastnacht-Dienstag u. Allerheiligen während des Nachmittags von 1 Uhr und am 24. Dezember Weihnachtsabend von 5 Uhr an geschlossen.

Zur Benützung der Bäder durch Frauen sind vorgesehene:

- Für das Schwimmbad jeden Wochentag V.M. 9-11 Uhr und am Montag Montag Mittwoch, Donnerstag und Freitag N.M. von 1/2-1/2 5 Uhr, sowie am Freitag abends von 6-1/2 9 Uhr, bezw. von 6-8 Uhr.
- Für Heissluft- und Dampfäder und elektr. Lichtbäder Montag und Mittwoch V.M. und Freitag N.M.
- Wannenbäder werden zu der allgemeinen Badezeit an Frauen und Männer abgegeben.
- Für die Kurbäder jeden Wochentag V.M. 9-11 Uhr und N.M. von 1/2-1/2 5 Uhr

Das Raschen im Badgebäude und das Mitbringen von Hunden ist untersagt

## Grosse Allgemeine Jubiläums-Ausstellung

für das Gastwirts-gewerbe, Karlsruhe 1907.

Publikation der Prämierung

Mittwoch den 24. April 1907, nachmittags 4 Uhr.

Donnerstag, Freitag u. Samstag grosse Volkstage.  
Entrees für Erwachsene 30 Pf. für Kinder und Militär die Hälfte.

## Vereinsbank Karlsruhe

e. G. m. u. H.

Die abgerechneten Einlagebücher können gegen Rückgabe der diesbezüglichen Quittung in Empfang genommen werden, ebenso die auszahlbaren, noch unerhobenen Dividendenbeträge.

Der Vorstand.

## Gebirgs-Kartoffeln

(Magnum Bonum)  
das Beste und Billigste, was es gibt  
30 Pfund Mk. 1.20  
so lange Vorrat bei

Ernst Deuble,  
Kugarcenstr. 24, Ecke der  
Bismarckstr.

Neuenlagerstr. 23, 3. St., Sulach, ist ein möbl. Zimmer zu verm.

Mühlstr. 7, 3. St., ist ein möbliertes Zimmer sofort zu vermieten.

## Abschlag.

Bis auf weiteres  
gewähre

10% Rabatt  
auf hochfeine gebrannte

Kaffees

10% Rabatt  
auf echt chinesischen

Thee

neuester Ernte, lose und in  
Packungen.

10% Rabatt  
auf

Gemüse- und  
Früchte-Konserven.

Neue Dampfäpfel  
per Pfund 46 Pfg.

bei 10 Pfd. per Pfd. 45 Pfg.

mit 10% Rabatt  
oder doppelten Rabattmarken,  
ganze Kisten von 45 Pfd.

Netto Mk. 18.—

Bernh. Kranz  
Werderplatz 37, Ludwigplatz 65  
Kaiserstr. 38, Uhlandstr. 21.  
Telephon 484, Telephon 2174.  
(Verandt nach auswärts.)

## Sunlight-Flammer- und Sparkernseife.

div. Seifenpulver à 5 und 15 Pfg.  
pro Paquet, Schmierseife gelb und  
weiss, Soda, Waschseife, Bleich-  
mittel, Salmiakgeist, Javelwasser,  
Säure, Cremesäure, Cremetinctur  
etc., Waschbrett u. sonstige Artikel  
zur Wasche empfiehlt billigst 1891  
Apotheker Strauss,  
Drogerie in Mühlburg.  
NB. Wasch rinnen u. Bagierkasten  
erhalten Rabatt

## Hosen-Reste

solide dauerhafte Burkin,  
eisenstark ganzer Rest  
Mk. 3<sup>50</sup> 4.— 4<sup>50</sup> u. 5.—

Adolf Martin  
Pforzheim (Rathaus).

## Alte Brauerei Keck,

Kaiserstr. 13  
Morgen Donnerstag  
Grosses  
Schlacht-  
Fest.

Hierzu ladet ergebenst ein  
Fr. Möhrlein.

## Ziehung 4.-7. Mai: Geldlotterie

zum Besten des Blindenheims  
Weimar.

3333 Gewinne zusammen Mk.  
45,000.— 1. Haupt-  
gewinn,  
20,000.— Bar ohne  
Abzug!

5,000.— usw.  
Dann Mannheimer Mark-  
tlotterie, Ziehung 8.  
Mai, 2000 Gewinne zusammen  
M 50,000.— W., Tiergewinne  
mit 80 resp. 75%, Silberpreise  
voll zahlbar. Lose à 1.—, 11  
Stück 10.— Mk. vers. 1800

Carl Götz,  
Bankgeschäft, Karlsruhe.

J. Antweiler, E. Dahlmann,  
C. Graf, J. Jung, L. Michel,  
K. Morlock, P. Roth, G. Schnol-  
der, H. Vog el, E. Wegmann,  
Chr. Wieder und Filialen, C.  
Zachmann, H. Zollner.

## Abschlag

ff. Delikates-  
Sauerkraut

per Pfund 6 Pfg.

Salz-  
Schnittbohnen

per Pfund 14 Pfg.  
bei 5 Pfd. 13 Pfg.

empfehlen 1618

## Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.  
in den bekannten Karlsruhe-  
Verkaufsstellen.

## Möbel.

Alle Sorten Holz- und Polster-  
möbel, vollständige Betten, Spiegel,  
Stühle, Bilder, Klappstühle, Kinder-  
wagen, Sportwagen u. taugt man  
gut und billig bei

Karl Spfle  
in Firma Karlsruher Möbelhalle  
Kaiserstr. 23.

für unsere Dampfseife-Fabrik  
suchen wir tüchtige

Kesselschmiede, Hobler,  
Locher, Winkel- u. Schweiss-  
Schmieda

bei hohem Lohn und dauernder Be-  
schäftigung.  
Guilleaunewerke,  
Neustadt a. O.

## Mädchen

finden dauernde Beschäftigung  
bei

A. Braun & Co.  
Webungen Vestingstr. 70.

## Divan

neue, hoch. Kommodenbänke mit  
Hohlbau von 45, 50 und 60 Ztl.  
an, schöne Stoffdivan, 35 Ztl. Große  
Auswahl, gute, sol. festhaltende  
Arbeit unter Garantie nur im  
Spezialgeschäft für Postmöbel,  
Stein Baden, daher billigst. 978

Rud. Köhler, Tapezier, Schügen-  
str. 56, Magazin im Hof.

Wilh. Eckert,  
Uhrmacher, Marienstr. 20,  
nebst dem Apollo-Theater

empfiehlt sein Lager in Taschen-  
u. Wanduhren. Billige Re-  
paratur-Werkstätte, Tra-  
singe, 8 u. 14 far. gestempelt, das  
Paar v. A 12-27. Brillen u. Brillen.

**Kleine Anzeigen.**  
1mal im Monat f. Abonn. 8 Seiten  
gratis, jede weitere Seite 10 Pfg.

Subskr. 12 ist ein Monats-  
nummer an einen anständigen  
Arbeiter sofort billig zu verkaufen.

Mitbewohner zum eig. Sohn  
hüthet billig zu verk. Schöneustr.  
17, 4. St. r.

Stores, m. Eisen, für groß Schau-  
fenster, feiner geeignet, gut erh.  
ist billig zu verk. Schwaneustr. 7.

Schlosserlehrling gesucht bei  
August  
Dörmann, Eisenweistr. 20, 1668

Kanaper Marieenstr. 77, 2. St. r.

Kinderbettelle schöne eiserne  
mit Holz, 1.40  
Meter lang, ist billig zu verkaufen.  
Bochstr. 14, 4. St.

Kochherd fast neu, zu verkaufen.  
Rab. Chemistr. 5, 5.

Kinderliegewagen, gut erhalt.  
Kugarcenstr. 15, 2. St. r.

Mäharbeit wird angenommen zum  
Blüten sowie Rosenanzert.  
im Weinlauben u. Kleidermädchen bei  
pünktl. Auslieferung. Durlacherstr.  
52, 2. St. r.

Kleidermacherin empfiehlt sich  
im Anfertigen  
von Damen- und Kinderkleidern.  
Atheinstr. 33, part., Mühlburg.

Standesbuch-Ausgabe der  
Stadt Karlsruhe.

Geburten:  
14. April: Julius Robert Heinrich,  
F. Julius Schmidt, Graber. Derbte  
Gefriede Hedwig, B. Karl Eidenmann,  
Kaufmann. 15.: Mathilde, B. Karl  
Germann, Kleidermacher. 16.: Alde-  
gard Helene Frieda, B. Hermann  
Wanz, Postkettler. Luise Theresia,  
B. Fritz Ränge, Bierbrauer. August  
Otto, B. Paul Höll, Kleidermacher.  
Dimitri Paul Franz, B. Franz von  
Ratloff, Kaufmann. 18.: Walter  
Friedrich Georg, B. Friedrich Vogt,  
Machinenwärter. Johanna Luise, B.  
Karl Bed, Lehrer. Emilie Gertrud,  
B. Martin Vogel, Gr. Neuhausstr.  
14. Karl, B. Johannes Weiermann,  
Wagenwärtergehilfe. Franz Josef,  
B. Leo Dallmeier, Kleidermacher.  
Albert, Druckerlehrling. Fritz Adam,  
B. Adam Vogt, Straßenbahnführer.  
20.: Rudolf, B. Rudolf Schmidt,  
Machinist. 21.: Josef Hermann, B.  
Conaventura Indleber, Wagner.

Todesfälle:  
19. April: Max Häfeler von Gies-  
wäldermeister hier, mit Luise, Ehe-  
fänger von Oberhausen, Friedrich  
Bährer von hier, Kleidermacher, hier  
mit Luise Bauner von Adelshausen.

Nr. 9  
Zu  
nimmt die  
Unter S  
die S  
in der Form  
die Arbeit  
Nergens ei  
Arbeiterben  
wertt dann  
Wolgeltatio  
Gestaltung  
Wenn  
mander P  
vergeichen  
direkten M  
dem mehr  
3 Linien  
nung erte  
ehauptrech  
ständig f  
dürfnis  
sähtischen  
mit man  
Schenkel  
auch die  
spezifisch  
trum ja  
des P  
Rigen u  
nen A u  
Aidenfre  
das Zent  
Schenkel  
die Konie  
aufbaum  
nallberal  
Jedenfalls  
wie ihr d  
erflegte, n  
alles  
schafte  
viel. W  
men, sch  
den, sch  
häftliche  
Bestimm  
gehend S  
tung und  
lution ab  
neue De  
einen hol  
den, falls  
solte, un  
mehr zu  
heit bei  
schiedu  
schiebu  
Aneing  
und feine  
Bresse. D  
gehegerb  
Leitung s  
dem Gebi  
wurden un  
Der G  
berakt, n  
er sein W  
der nation  
Reichsges  
sch. ruf.  
Die der  
Königstos  
Qend, die  
gebunden  
konnten d  
trieren sich  
auf diesen  
sein, darf  
liche Freu  
äußerer er  
während fe  
klammern.  
Mit ein  
traufen, v  
gebens ver  
um Hilfe r  
die die Mel  
auf Leben  
will sie be  
Gels imm  
umfonst.  
einmal ein  
sie mit ein  
Raffen zur  
Do sch  
Schafred  
wese. Rod  
nach! Do  
Schaffen!  
hieß er a  
O Gott  
schönend  
immer näl  
getrieben,  
Da legt